

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 19803. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insertenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Kein Notetat ohne Amnestie!

### Der Stand der Amnestiefrage.

Der Amnestieantrag der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstag hatte nach längeren Verhandlungen, die nach dem Zusammentritt des Parlaments am 28. Juli sofort einsetzten, dazu geführt, daß die bürgerlichen Parteien, die ursprünglich gegen die Forderung waren, sich mit ihr einverstanden erklärten unter der Voraussetzung, daß eine allgemeine Amnestie gewährt werde. D. h., daß auch die Kappisten in sie einbezogen würden, wobei zu bemerken ist, daß bisher überhaupt noch keine Gerichtsverhandlung gegen irgendeinen Kappisten stattgefunden hat, während bekanntlich die Arbeiter, die gegen Kapp gekämpft haben, zu Tausenden verurteilt worden sind.

Die Verständigung unter den Parteien über die allgemeine Amnestie, der auch die Reichsregierung zugestimmt hatte, ist nun in letzter Stunde durch den Widerstand der bürgerlichen Volkspartei in Fall gebracht worden, die gegen die Ausdehnung auf Bayern protestierte, weil das „gegen die bürgerlichen Hoheitsrechte“ verstoße. Schließlich fielen nun die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien um und erklärten, daß sie keiner Amnestie zustimmen würden, die nicht die in Bayern begangenen Verbrechen ausnehme. Nur die Deutschnationalen traten mit den Rechtssozialisten und unserer Partei weiter für die allgemeine Amnestie ein, um ihrer Kappisten willen.

Die heutigen Verhandlungen des Reichstags müssen nun Resultat über das Schicksal der Forderung nach allgemeiner Amnestie bringen. Die Freiheit erklärte in ihrer Sonntagsnummer:

„Sowohl die Unabhängigen als auch die Rechtssozialisten vertreten die Anschauung, daß der Reichstag unter keinen Umständen ausnahmsweise darf, ohne daß die Amnestie bewilligt ist. Sie haben deshalb erklärt, daß sie die Verabschiedung des Notetats so lange hindern werden, bis das Amnestiegesetz beschlossen ist. Und sie werden diese Erklärung wahr machen, unter Umständen unter Anwendung aller derzeitigen geschäftsmäßigsten Mittel, die zwei Fraktionen in einer Stärke von fast 200 Mann zur Verfügung stehen.“

### Beginn der russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen.

Königsberg, 31. Juli. Die polnischen Parlamentäre, ein Oberstleutnant, zwei Offiziere und ein Soldat, trafen nachmittags 2 Uhr bei den russischen Vorposten ein. Sie wurden an der Cauffee von Baranowski-Breit Witowel von den Russen in Empfang genommen und nach Baranowski gebracht, von wo sie im Automobil nach dem Standort des Generals Tolstschewski fuhren. Um 7 Uhr trafen sie dort ein und überreichten ihre vom polnischen Generalsstabchef General Rozwadowski ausgestellten Vollmachten. Die erste offizielle Besprechung der Bedingungen des Waffenstillstandes soll heute vormittag stattfinden.

### Der polnische Rückzug.

Kopenhagen, 31. Juli. Berlingske Tidende meldet aus Kowno: Nach hier eingegangenen zuverlässigen Nachrichten haben die Bolschewisten Kowno besetzt. Die Polen haben sich auf Suwalki zurückgezogen, dessen Bevölkerung die litauischen Truppen im Gebiet von Mariampol erobert hat, die Stadt zu besetzen, ehe die Bolschewisten es tun.

Der polnische Generalsstabbericht vom 30. Juli meldet u. a. den Rückzug auf Brezowitow.

Die Russen respektieren die deutsche Neutralität. Eine Schwadron bolschewistischer Kavallerie ist am 31. Juli jenseits der Grenze bei Proßken eingetroffen. Auch an verschiedenen andern Stellen der Grenze haben sich bolschewistische Patrouillen gezeigt, so gegenüber Borzhom und Dugossen im Kreise Dyk. Sie haben der Grenzbevölkerung erklärt, daß sie die Grenze nicht überschreiten würden.

### Die Ententehilfe für Polen.

London, 2. August. (U.) Der Bericht der englischen und französischen Militärmissionen empfiehlt die Abwendung von Munition für die Polen, die Verwendung von 600 französischen und 200 englischen Offizieren an der Front und die Umgruppierung der polnischen Armee, die hauptsächlich in Transportverhinderungen von Galizien an die Nordfront bestehen soll. Im Zusammenhang damit wurde beschlossen, daß Frankreich Munition über Danzig nach Polen senden solle.

### Waffenschleibungen nach Polen?

Von der Firma Schichau in Elbing sind dieser Tage Geschützrohre für Feldartillerie (8,8-Zentimeter-Kaliber) in einer Prähm verladen, mit Eisenspänen bedeckt und dann fortgeschafft worden. Die Verschlusstücke waren mit beigegeben. Angeblich sollen diese Geschützrohre nach Wilna geschafft und der deutschen Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen nach dem Versailler Vertrage für die deutsche Regierung in den Elbinger Schichauwerken hergestellt sein. Die deutsche

Regierung verweigere die Abnahme. Die Firma bezieht Gelegenheiten und wolle die Geschützrohre jetzt der Militärverwaltung überliefern. Ein großer Teil der Elbinger Arbeiterschaft nimmt an, daß die Geschütze nicht nach Wilna, sondern nach Danzig unterwegs sind, und daß es sich um Kriegskonterbande für Polen handelt.

Uns scheint, als ob die Arbeiter mit ihrer Annahme nicht unrecht hätten. Schon allein die merkwürdige Art des Abtransportes läßt sie. Wir verlangen deshalb, daß die Angelegenheit von den Behörden, die unterrichtet wurden, sorgfältig geprüft wird, und daß sie Maßnahmen treffen, um jeden Waffen- und Munitionstransport zu verhindern.

### Wahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 31. Juli. Bei sehr geringer Wahlbeteiligung fanden gestern die Wahlen der Wahlmänner zum Landsting statt. Nach dem Ergebnis zu urteilen, wird das Landsting sich nach den endgültigen Wahlen folgendermaßen zusammensetzen: Gemäßigte Linke 22 (3 Mandate gewonnen), Sozialdemokraten 15 (unverändert), Konservative 11 (2 gewonnen), Radikale 4 (6 verloren), Erwerbspartei 1 (1 gewonnen). Das Landsting, das 72 Mitglieder zählt, davon 54 durch Wahlen und 18 vom Landsting selbst gewählt, wird danach folgende Zusammensetzung erhalten: Gemäßigte Linke 29 (22 gewählt und 7 vom Landsting selbst gewählt), Sozialdemokraten 19 (15 und 4), Konservative 15 (11 und 4), Radikale 7 (4 und 3), Erwerbspartei 1.

### Der Streit um die Kriegsschuld unter den Schuldigen.

Genf, 1. August. In einer Besprechung der in Genf bereits anwesenden Delegierten des Bergarbeiterkongresses wurde auf Verlangen der Belgier und Franzosen beschlossen, die Frage der Schuld am Kriege auch im Bergarbeiterkongress in öffentlicher Sitzung zur Sprache zu bringen.

### Aufruf der Eisenbahn-Hauptbetriebsräte Sachsens an die Gesamtarbeiterchaft.

Die Deutsche Reichsregierung hat in öffentlicher Bekanntmachung erklärt, daß sie strikte Neutralität gegenüber den kriegsführenden Ländern zu halten bereit ist. Unter Beachtung dieser Neutralitätserklärung haben die Eisenbahnbetriebsräte Sachsens Stellung zu den in den letzten Tagen erfolgten Truppentransporten genommen. Nach eingehenden Erörterungen, die auch zentral geführt worden sind, und sich über das ganze Reich erstreckten, sind die Betriebsräte einmütig zu der Überzeugung gekommen, daß die Truppentransporte, die angeblich Gefangenentransporte darstellen sollen, zur Unterstützung einer kriegsführenden Macht Verwendung finden sollen. Eine solche Maßnahme kann nie und nimmer im Interesse des deutschen, des internationalen Proletariats liegen, dessen Interesse unter allen Umständen höher zu bewerten ist als irgendwelche andre Interessen. — Nach eingehender Beratung, an der die sämtlichen Hauptbetriebsräte der Eisenbahnen Sachsens und die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Dresdens teilgenommen haben, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Alle Truppentransporte, sowie Beförderung von Munition und sonstigen Heereslasten werden von den Eisenbahnern unter allen Umständen abgelehnt. Der Hauptbetriebsrat hat an alle Betriebsräte der Eisenbahn in Sachsen unverzüglich Anweisung ergehen zu lassen, daß Überwachungsformationen gebildet werden, welche alles rollende Wagenmaterial zu kontrollieren haben, um auch sogenannte Deckadressen zu verhindern.

Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahnen Sachsens, Deutscher Eisenbahnerverband, Bezirk Sachsen, Arbeiter, Genossen!

Da die sachgemäße Durchführung dieses Beschlusses nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Arbeiterchaft volles Vertrauen zu den Arbeitern hat, erwarten diese, daß sich die Arbeiterchaft jeglichen Eingriffes in das Eisenbahnwesen enthält. Die Arbeiterchaft wird daher aufgefordert, in den Betrieben usw. auch ihrerseits Kontrolle zu üben, um festzustellen, ob schon in den Betrieben Material zum Versand kommt, welches zur Unterstützung einer kriegsführenden Partei dienen kann; eventuelle Wahrnehmungen sind sofort der zugehörigen politischen Partei zu melden, die die Verpflichtung hat, alle Meldungen an den Hauptbetriebsrat der Eisenbahner weiterzuleiten.

Sozialdemokratische Partei, U. S. B. D., R. A. D., R. A. B. D., Allgemeine Arbeitermision, Bezirk Sachsen.

### Die große Entwaffnung.

Das große Heerlager Deutschland soll nun in den nächsten Tagen entwaffnet werden. Die bürgerliche Presse war darob bereits seit Tagen voll von dunklen Andeutungen und geheimnisfräudlichem Getue. Man spricht von ihr wie vom Leibhaftigen in der Klosterschule, nur im respektvollen Plüsterston. So wolle es die zarten Neuen und die Unterrockpolitik unserer Klein- und Spielbürger, die immer nur nach „Ruhe und Ordnung“ stieren und lieber auf Hohlgranaten und Pulverfässern schlafen, als daß sie ihrer Bequemlichkeit auch nur die Ruhe einer Nacht opfern. Auleta non mouere — was ruhig ist, nicht aufwühlen, das war schon der Bannspruch der Schildbürger im grauen Altertum.

Klodt George hat mit dem ganzen Temperament, das dieses politische Verpeium mobile aus Wales auszeichnet, den christgläubigen und auf die himmlische Seligkeit wartenden deutschen Reichskanzler gleich in den ersten Stunden von Spa wegen des Zustandes der verzwigten Mobilisation, in dem sich Deutschland befindet, nicht schädel angefahren. „Ich würde, Herr Reichskanzler, in meinem Lande einen solchen Zustand nicht vierzehn Tage dulden.“ Es schien fast so, als ob unsern Regierungsführern gutbürgerlicher Façon erst ob dieses Unteroffiziersanpuffs das große Begreifen der Dinge angekommen wäre. Die diktatorische Unerbittlichkeit der Entente in der ganzen Militärfrage, diktatorisch doch zur Hauptjache deshalb, weil gegen Schlafmüdigkeit, gepaart mit bösem Willen, andre Mittel eben nicht helfen, hat dann die Unterstrich Deutschlands unter ein ganz klares und eindeutiges Abstützungsprogramm erzwungen. Wir blühen die militärischen und nationalpolitischen Motive, die dabei gerade für das Frankreich des gestiefelten Halbgoths noch maßgebend waren, durchaus nicht. Aber Tatsache ist doch, daß ganz losgelöst von allen Gedanken der Dauerobilisation eines 60 Millionenvolkes für jedes Nachbarland eine schwere Gefahr bedeutet. Vom grundsätzlichen, sozialistischen oder pazifistischen Antimilitarismus braucht man wirklich nicht auszugehen, sondern lediglich von den überlieferten Grundregeln des Völkervereinens, um diesen Zustand für unhaltbar zu finden, den wir in Deutschland allein dank der antibolschewistischen, kurzfristigen Klassenpolitik unserer Feudalen und unser Bourgeoisie bejahen.

Sollte nun wirklich ernsthaft an die Lösung der Frage herangegangen werden, so wird in jedem Falle — das ist unsere Grundforderung — von der unverrückbaren und zweifelstfreien Tatsache auszugehen sein, daß es die Reaktion bei uns und das Deutschland jenseits von Gottheit und Vererbung gewesen ist, das mit jener wilden Bewaffnung den Anfang gemacht hat, die man, wenigstens bis Spa, in Berlin als eine durchaus gesunde Normalerscheinung betrachtet zu haben schien. Nach der Revolution, unter der Regierung der Volksbeauftragten, ging die Abrüstung der heimkehrenden Bewaffneten zunächst ohne alle Schwierigkeiten vonstatten. Geordnete proletarische Waffeneverbände damals geschaffen zu haben, wie etwa die Volksmarinebrigade in Berlin, und die Matrosenkompanien in den einzelnen Großstädten, war das unbestrittene Recht der Volkserhebung gewesen, die gestiftet hatte. Dem Bürgertum und der Offiziersklique, die in ihren Waffenscheitern dann dank der Hilfe der Scheidemannier wieder Morgenluft wittern durften, blieb es vorbehalten, diese geordnete Entwicklung zu stören, weil die Waffen gegen den bedrohten Sozialismus gebraucht wurden. Moske rüffelte unsre Antibolschewisten systematisch aus. So sahen wir beim Kapp-Putsch die Waffen in den Händen der Bourgeoisie. Die Waffen, welche die Arbeiterchaft führte, mußte sie zum allergrößten Teil erst den schwer bewaffneten Rebellen abjagen.

Und wie bietet sich denn heute dem gerechten Urteil der Status der Bewaffnung der deutschen Bevölkerung dar? In den Arbeiterdierien der Großstädte sind während des ganzen Jahres 1919 soviel Hausjuchungen und Razzien gemacht worden, daß hier eigentliche Waffensammlungen vor dem Kapp-Putsch gar nicht mehr vorhanden sein konnten. Der Kapp-Putsch selbst hat das ja bestätigt. In dessen ersten Tagen, als es galt, die Anführer niederzuwerfen, sah man ja alle möglichen Instrumente in Arbeiterhänden, vom Flober bis zum Dreschflügel und Mitterschwert; nur wirklich moderne Waffen waren recht spärlich vorhanden. Erst nach den ersten Tagen, als die Putschisten an vielen Orten bereits die Waffen gestreckt hatten, wurde auch die Bewaffnung des Proletariats besser. Die Rote Armee im Ruhrgebiet verdankte ihre Ausrüstung einzig und allein dem stürmischen Elan, mit dem unbewaffnete Arbeitermassen sich auf die schwer bewaffneten Soldner geworfen hatten. Hier und da mag es auch vorgekommen sein, daß republikanisch gestimmte Amtsstellen, wie in Mecklenburg,